



HAVELbrandung

AUSGABE 2 FEBRUAR 2007

SPENDE ERWÜNSCHT

Fachliche Bedenken wurden der Fraktionsdisziplin geopfert

Spielmann und Voßhoff stimmten für Gesundheitsreform

Mit der Gesundheitsreform beschlossen die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD am 2. Februar ein Gesetzeswerk, bei dem die soziale Gerechtigkeit einmal mehr auf der Strecke blieb. Keine Frage also, dass die Fraktion DIE LINKE die Gesundheitsreform geschlossen ablehnte. Und nicht nur die beiden anderen Oppositionsfraktionen FDP und Bündnis 90/Die Grünen stimmten gegen die Reform, sondern auch 43 Abgeordnete aus der Koalition.

Die Art und Weise, wie die Koalitionäre mit dem Parlament und den Kritikern in ihren eigenen Reihen umging, spottete demokratischen Grundsätzen. Am Vorabend der abschließenden Beratung des Gesetzeswerkes im Gesundheitsausschuss überraschten die Koalitionsfraktionen mit sage und schreibe 97 Änderungsanträgen auf insgesamt 164 Seiten. Da die Beratungen bereits um 8.30 Uhr des Folgetages begannen, hatten die Ausschussmitglieder keine Chance, die Auswirkungen der Änderungsanträge ernsthaft zu prüfen, geschweige denn in ihren Fraktionen zu diskutieren. Darüber hinaus spricht es für ein fragwürdiges Demokratieverständnis der SPD-Fraktionsspitze, dass sie für ordentliche Mitglieder des Gesundheitsausschusses, die sich gegen das Gesetz ausgesprochen hatten, Stellvertreter in die Sitzung schickte, um die Mehrheit zu sichern. Fachliche Bedenken mussten also der Fraktionsdisziplin weichen.

Das Gesetz, das am 16. Februar im Bundesrat behandelt wird, bevor es am 1. April in Kraft treten soll, sieht die Einrichtung von Gesundheitsfonds vor. Auch ist es künftig möglich, Zusatzpauschalen von den Versicherten für steigende Kosten zu erheben. Spitzenverdiener werden weiterhin durch eine Beitragsbemessungsgrenze im prozentualen Vergleich gegenüber Versicherten mit geringen Einkommen bevorzegt.

Insbesondere Geringverdiener mit seltenen Krankheiten sind durch das beschlossene Gesetzeswerk die Verlierer der Reform. Der vorgesehene Risikoausgleich bezieht sich auf einen Katalog von 50 bis 80 Krankheiten. Patienten mit seltenen Erkrankungen haben Pech. Sie müssen neben ihrem Beitrag eine Kopfpauschale zahlen.

Im Gegensatz dazu können Einkommensstarke durch den neuen Basistarif richtig sparen. Sie können sich künftig ohne Risikoprüfung billiger als heute versichern. Wer beispielsweise mit seinem Einkommen knapp über der Versicherungspflichtgrenze liegt, kann bis zu 300 Euro sparen, wenn er die gesetzliche Versicherung verlässt und in einen privaten Basistarif wechselt. Hier schafft die Reform völlig falsche Anreize. Auch deshalb kann ich nicht nachvollziehen, dass meine Abgeordnetenkolleginnen aus dem hiesigen Wahlkreis, Dr. Margrit Spielmann (SPD) und Andrea Voßhoff (CDU), der Gesundheitsreform ihre Stimme gaben.

Diana Golze

- Noch in diesem Heft:
- Neujahrsempfang der Linkspartei (Seite 2)
 - Wie sinnvoll ist ein NPD-Verbot (Seite 3)
 - Erfolgreiche Unterschriftensammlung (Seite 4)
 - Letzter Landesparteitag der Linkspartei.PDS (Seite 5)

Ein Neujahrsempfang einmal anders!

Ein bunt gemischtes Publikum begrüßte das neue Jahr

Der Stadtverband der Linkspartei. PDS hatte am 22. Januar 2007 gemeinsam mit dem Kreisverband der



WASG zu einem „alternativen“ Neujahrsempfang in die Geschäftsstelle eingeladen. Warum „alternativ“ wird sich der Leser jetzt vielleicht fragen?

Wir haben nicht, wie allgemein üblich, explizit Vertreter der Stadt und anderer Parteien eingeladen, sondern allgemein „alle Brandenburger“. Uns war es wichtig, die Bürger unserer Havelstadt anzusprechen. Etwa sechzig Gäste sind unserer Einladung gefolgt. Wir haben uns sehr gefreut, dass auch unsere Bundestagsabgeordnete, Diana Golze, ihre Teilnahme ermöglichen konnte.

Sylvia Hauffe, die Vorsitzende unseres Stadtver-



bandes eröffnete den Empfang mit einigen kurzen Worten. Sie zog Bilanz über das vergangene Jahr und gab den Gästen einen Überblick über Schwerpunkte der Arbeit im Jahr 2007.

Ein wichtiger Punkt dabei war die Werbung für die Unterschriftenkampagne gegen den Verkauf der WOFÜ in der Stadt. Mittlerweile ist diese Aktion beendet und Silvia Hauffe übergab der Oberbürgermeisterin 1296 Unterschriften. Weitere Vorhaben für das Jahr 2007 sind unter anderem die Fortführung des Fusionsprozesses Linkspartei. PDS und WASG sowie die Vorbereitung der Kommunalwahlen im kommenden Jahr.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt wird die Leitbildkampagne des Landesverbandes der Linkspartei sein unter dem Motto „für ein Leitbild der Regionen“. Auch in unserer Stadt wird es dazu mehr Diskussionsrunden geben. Die erste findet am 28.04. 2007 im TGZ ab 10 Uhr statt.

Im Anschluss an den Jahresausblick berichtete



Diana Golze über ihre Arbeit im Bundestag. Zu ihren Schwerpunkten gehört u. a. die Kinder- und Jugendarbeit und der verstärkte Kampf gegen den Abbau weiterer sozialer Grundstandards.

Unter den Gästen waren auch viele Vertreter der Montagsdemonstranten, die sich mit Mitgliedern und Sympathisanten der Linkspartei über die verschiedensten Probleme austauschen konnten. Es war ein sehr gelungener Nachmittag.

Die Helfer aus der Geschäftsstelle hatten ein sehr schönes Buffet vorbereitet und auch sonst alles getan, damit sich alle unsere Gäste wohl fühlen konnten. Dafür danken wir ihnen sehr herzlich.

Kerstin Huch
Horst Maiwald

Wie sinnvoll ist ein NPD-Verbot?

100 000 Unterschriften sollen gesammelt werden

Schon seit geraumer Zeit hat es in der Öffentlichkeit und insbesondere auch in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) eine intensive Diskussion darüber gegeben, inwieweit ein erneuter Anlauf für ein Verbotverfahren der rechtsextremen Partei NPD notwendig ist und Erfolg versprechend sein könnte. Die jüngsten Wahlerfolge dieser Partei in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin und ihr immer dreisteres Auftreten beim



Propagieren ihrer Naziparolen, begleitet von rechtsextremistisch motivierten Straftaten in der Gesellschaft haben dieser Diskussion neue Impulse verliehen. Zustimmung Äußerungen zu einem erneuten Verbotverfahren sind nicht nur in antifaschistischen Organisationen sondern zunehmend auch in Gewerkschaften, bei den Bündnisgrünen, aber auch von SPD-Politikern zu vernehmen. Die VVN-BdA hat auf einer Pressekonferenz am 25. Januar offiziell verkündet, dass sie eine Kampagne zur Unterstützung eines Verfahrens für ein Verbot und die Auflösung der NPD in der Bundesrepublik durchführen wird. Geplant ist dabei unter anderem das Sammeln von 100.000 Unterschriften. In einem offenen Brief von prominenten Erstunterzeichnern werden die Abgeordneten des Deutschen Bundestages aufgefordert, ein neues Verbotverfahren einzuleiten. Zur Begründung heißt es darin unter anderem: „[...] Seit über 40 Jahren ist in der Bundesrepublik mit der NPD eine Partei wirksam, die in der Tradition der NSDAP steht. Ihre Aussagen sind rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich. Sie tritt für ein neues ‚Deutsches Reich‘ ein und lehnt

die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ab [...]. Sie nutzt den Parteienstatus aus, um Gelder von einem demokratischen Staat zu beziehen, den sie abschaffen will.“

Natürlich würde ein solches Verbot das Problem des zunehmenden Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft nicht lösen, aber es würde das neofaschistische Lager stark schwächen. Deshalb kommt es darauf an, die Parteistrukturen zu zerstören, was praktisch nur über ein Verbot zu erreichen ist. Der NPD wären wesentliche finanzielle Grundlagen entzogen und die Partei könnte nicht mehr legal in der Öffentlichkeit auftreten.

Ein wesentlicher Bestandteil der Verbotskampagne muss die Aufklärung über den wahren Charakter dieser Partei und ihre besondere Gefährlichkeit sein. Zugleich sollten diese Diskussionen genutzt werden, um sich generell mit dem Rechtsextremismus in seinen verschiedenen Spielarten auseinander zu setzen.

Horst Maiwald

Wir brauchen Eure Hilfe!

Die BO Görden I der Linkspartei. PDS bereitet mit vielen Mitstreitern das fünfte Kinder- und Familienfest am 03. Juli 2007 im Waldcafe Görden vor. Zu den Mitstreitern gehören u.a. der Stadtverband der Linkspartei.PDS, der Kreisverband der WASG, die Ortsgruppen der Volkssolidarität im Wohngebiet Görden u.a.

Wie in jedem Jahr brauchen wir Eure Unterstützung. Für die vielen Wettbewerbe und die verschiedenen Darbietungen der Kinder benötigen wir Preise in Form von Malbüchern, Buntstiften, Plüschtieren, Spielen und Süßigkeiten.

Alle gespendeten Dinge sind abzugeben in der Geschäftsstelle der Linkspartei. PDS (Altstädtischer Markt 2), bei der Genossin Rosi Musehold im Dalienweg 37 oder in der Begegnungstätte der Volkssolidarität in der Schumannstraße 1.

Im Namen des Vorbereitungscommittees hoffe ich auf viele Spenden.
Rosi Musehold

Linkspartei.PDS an Infoständen erfolgreich

Fast 1300 Unterschriften gegen den WOFÜ-Verkauf gesammelt

Viele Genossinnen, Genossen und Sympathisanten der Linkspartei.PDS sammelten auf dem Neust. Markt, dem Mozartplatz und in Hohenstücken Unterschriften gegen den Verkauf der Wofü. Knapp 1300 Unterschriften kamen zusammen. In Gesprächen mit den Bürgern brachten diese ihre Empörung zum Ausdruck. Solche Argumente wie: „Die Wobra will sich mit dem Verkauf der Wofü nur sanieren.“

„Es ist gut, dass Sie sich für uns Mieter einsetzen.“

„Es geht hier doch nur um Profit, wir interessieren unsere OB gar nicht.“ und „Was wird aus uns Mietern?“

Die Wobra erhofft sich durch den Verkauf 38 Millionen Euro.

Weil Ilona Friedland, die ehemalige Wofü – Chefin, vor der Zerschlagung des gut funktionierenden Unternehmens warnte, wurde sie von allen Aufgaben enthoben..

Welche Rolle spielt Klaus Deschner?

„Es kann für uns Mieter nicht gut sein, wenn er Geschäftsführer der Wofü wird.“ „Haben wir jetzt die Diktatur der CDU in Brandenburg?“, fragte uns eine Mieterin.

Mit dem Schicksal Ilona Friedlands wird uns gezeigt, was passiert, wenn nicht gemacht wird, was die CDU will.

Matthias Osterburg, der stellvertretende Vorsitzende unserer Fraktion meint, dass wir mit Frau Friedland eine langjährige, erfolgreiche Geschäftsführerin der Wofü verlieren, die sich in Brandenburg für soziale Belange ihrer Mieter immer eingesetzt hat. Dafür gebührt ihr unser Dank.

Wir danken auch allen Genossinnen und Genossen, die fleißig an den Infoständen diskutierten und Unterschriften sammelten. Dank gilt auch Frau Winter, den Helfern der Volkssolidarität und anderen Organisationen, die diese Unterschriftensammlung unterstützten.

R. Musehold

Ein bitterer Lacher für Rentner

Rentenplus contra Mehrwertsteuererhöhung

Da kam doch Freude auf beim Zeitung lesen am letzten Wochenende im Januar: Rentner können auf ein kleines Plus hoffen, so heißt es da. Ende März gibt es verlässliche Zahlen. Eine tolle Nachricht nach dem Euro/ Teuro, den Preiserhöhungen und nun auch der auf 19 Prozent gestiegenen Mehrwertsteuer. Höheres Einkommen gab es in diesen Jahren lediglich für Herrn Ackermann und seinesgleichen.

Ob die Rentenerhöhung gar für einen Kurzurlaub auf Mallorca außerhalb der Saison reicht oder wenigstens für ein Essen in einer Brandenburger Gaststätte? Aber einen Einkaufsbeutel sollte man mit der Erhöhung füllen können in einem Einkaufszentrum am Rande der Stadt, denn im Stadtzentrum wird ja die letzte traditionelle Kaufhalle in wenigen Wochen geschlossen!

Aber dann kam der Hammer: 0,1 bis 0,2 Prozent stehen zur Debatte. Bei 800 Euro Rente sind das 0,80 bis 1,60 Euro im Monat. Und es gibt ein gut Teil Renten, die diesen Betrag nicht erreichen! Da reicht die Erhöhung nicht einmal für eine Hin- und Rückfahrt mit der Straßenbahn! Da fühlt sich so mancher Rentner richtig verkokht.-

Apropos Kohl: Es gab doch einst ein Versprechen, den Osten Deutschlands in blühende Landschaften zu verwandeln. Das war genau so ein Problem für große Teile der Bevölkerung wie die sogenannte Rentenerhöhung, die da vorgesehen ist. Kein Wunder, an der Spitze unseres Staates steht heute wieder jemand von der gleichen Partei wie damals. Aber immerhin: Wir, die Leser der Havelbrandung, haben sie nicht gewählt!

Edith Altenkirch

Klausurtagung des Vorstandes und der Fraktion

Im zweifel muss eine Verfassungsklage geprüft werden

Am 27. Januar 2007 trafen sich die Mitglieder der Fraktion und des Stadtvorstandes der Linkspartei.PDS Brandenburg an der Havel zu einer gemeinsamen Klausurtagung. Das übergreifende Thema bildete der Stadthaushalt 2007.

Das „süße Gift“ ausufernder öffentlicher Verschuldung und Kreditaufnahme wirkt in der Stadt Brandenburg. Der erwartete Fehlbetrag in Höhe von 106 Mio. € führt erstmalig in der neueren Stadtgeschichte dazu, dass die Ausgaben für den Bereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“, in der sich die Kreditaufnahmen und Zinsleistungen verbergen, mit 120 Mio. € deutlich über dem sonst größten Budget im Einzelplan 4 „Soziale Sicherung“ mit nunmehr 85 Mio. € liegen werden.

Die Zinszahlungen, die die Stadt und damit die Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2007 an private und öffentliche Banken leisten sollen, haben nach vorläufigem Ansatz eine Höhe von 6 Mio. € erreicht. Die Verschuldung wird künftig weiter steigen und damit die Höhe der Zinszahlungen. Die Wirtschaftsleistung in der Stadt ist noch zu gering, um eigene höhere Steuereinnahmen zu generieren. Die Stadtbevölkerung schrumpft, die Zahl der Erwerbstätigen geht zurück und die Pro-Kopf-Finanzzuweisungen des Landes werden geringer.

Obwohl die Stadt in den letzten Jahren Millionen mit der Veräußerung von Grundvermögen verdiente und die jetzige konjunkturelle Belegung auch in Brandenburg an der Havel die Gewerbesteuerereinnahmen kräftiger sprudeln lässt, ist an Schuldenabbau, oder wenigstens an das Halten eines ausreichendes Investitionsniveaus nicht zu denken.

Wie sehr sich unsere Spielräume eingeschränkt haben, zeigt sich geradezu exemplarisch am alarmierend hohen Stand der Kassenkredite. Mit der Genehmigung der Haushaltssatzung für das Jahr 2007 ist ein derartiger „Dispositionskredit“ in Höhe von 120 Mio. € vorgesehen. Für mich sind dies in Wahrheit die schlimmsten Schulden. Eigentlich sollen Kassenkredite kurzfristige Engpässe überbrücken. Sie sollen nicht zur Finanzierung laufender Ausgaben dienen. Das wird aber trotzdem gemacht.

Da diese Kredite nicht umfassend im Haushalt ersichtlich sind, verschleiern sie den wahren finan-

ziellen Zustand in der Stadt. Die Stadtpolitik und die Stadtpolitiker geraten immer weiter ins Dilemma.

Die Finanznot und der Investitionsstau der vergangenen Jahre machen es deutlich: Wir sitzen in der Schuldenfalle. Oder, um die Worte der Oberbürgermeisterin aus dem Jahr 2004 zu wiederholen: Die Stadt ist „...pleite bis dort hinaus und (hat) eine insolvente Wohnungsgesellschaft.“

Vielfältige Sparanstrengungen wirken heute bereits kontraproduktiv:

Kürzungen im Jugendbereich zum Beispiel können schnell Erziehungsprobleme verschärfen. Drastische Kürzungen bei den Unterhaltungsmitteln für städtische Gebäude, Straßen und Grünanlagen werden in Zukunft zu weiterem, enormem Sanierungsbedarf führen. Der Abbau städtischer Dienstleistungen trifft die Ärmsten in unserer Stadt am stärksten.

Diesem Trend wollen wir als Linkspartei.PDS nicht einfach hinnehmen.

Konjunkturelle Erfrischungen werden die generelle finanzielle Krise der Kommunen und auch die Krise in Brandenburg an der Havel nicht beheben.

Ich fordere deshalb dazu auf, alle Begehrlichkeiten von Bund und Ländern, ihre eigenen Haushaltsprobleme auf Kosten der Kommunen und damit auch auf Kosten der Stadt Brandenburg zu lösen mit Nachdruck zurückzuweisen. Notfalls muss eine Klage vor dem Landesverfassungsgericht erhoben werden. Wer nicht bereit ist, diesen Schritt zu gehen, kann nicht guten Gewissens Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsentwurf verlangen.

A. Förster



Selber entscheiden und selber mitmachen!
Als Mitglied der Linkspartei.

Denn nur eine starke Partei kann sich stark machen!!!

Im Internet unter www.sozialisten.de
oder in der Geschäftsstelle
am Altstädtischen Markt 2,
14776 Brandenburg,
telefonisch 03381/22 47 33

Internationaler Frauentag 2007

Auch die Linkspartei wird diese Tradition fortführen

Der Internationale Kampftag der Frauen und Mädchen um Achtung, Arbeit, Gleichberechtigung, um gleichen Lohn für gleiche Arbeit, gewinnt in der gegenwärtigen Zeit wieder an Bedeutung. Während in der Wendezeit in der BRD kaum noch der Internationale Frauentag begangen wurde und die Bedeutung des Muttertages immer mehr zunahm, hat sich dieses Bild in den letzten Jahren wieder etwas gewandelt. Grund dafür sind die gestiegene Arbeitslosigkeit, gerade von Frauen, und die vermehrte gesellschaftliche Benachteiligung der Frau. Für die Mitglieder der PDS stand folgende Frage nie zur Debatte: Ehren wir Frauen und Mädchen am 08. März, ja oder nein? Für uns stand immer auf der Tagesordnung, die Frauen und Mädchen am Internationalen Frauentag besonders zu ehren und sie in ihrem Kampf um soziale Gleichberechtigung und würdevolle Arbeit zu unterstützen.

Clara Zetkin

Kampf gegen Pickelhauben-Geist
der falterfarbige Entwicklung
der Frauen
in und außerhalb der vier Wände
aufspießte

Aufwindleistung
nicht zeppelinvergänglich
trug Clara höher in der Geschichte
als jede andere Deutsche
nur eine Sonnennäher:
Rosa Luxemburg

Jürgen Riedel (Lyriker)

Clara Zetkin setzte sich Zeit ihres Lebens in der deutschen Arbeiterbewegung und in der Internationalen Frauenbewegung für die Befreiung der Frauen und

deren gleichberechtigter Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ein. Clara Zetkin gilt auch als Begründerin des Internationalen Frauentages. Wir können ihr heute noch dankbar sein.

Auch im Jahre 2007 ist es sehr wichtig, Frauen zu unterstützen die arbeitslos sind, Empfängerinnen von Arbeitslosengeld II (HartzIV), Alleinerziehende, Unterdrückte und Gequälte. Warum „Gequälte“ werden sich jetzt einige Leser vielleicht fragen? Antworten geben die vielen unglücklichen Frauenschicksale in den Frauenhäusern.

Machen wir Frauen Mut, beziehen wir sie in die gesellschaftliche

Arbeit ein und unterstützen wir sie dort, wo es notwendig ist.

In diesem Sinne gratulieren wir allen Frauen und Mädchen zum Internationalen Frauentag. R. M.

„Erich Mielke“ - eine Biographie von Heribert

Dr. Heribert Schwan ist als Fernsehredakteur beim WDR bekannt geworden.

Mit dem Buch „Erich Mielke, der Mann, der die Stasi war“ ist ihm ein Werk gelungen, das einen Teil deutscher Geschichte im kalten Krieg zeigt. Die Geschichte der Sowjetunion, die Erziehung von Berufsrevolutionären an der Leninschule in Moskau, die Aussagen von Zeitzeugen aus allen Epochen von 1917 bis zur Wende 1989 wurden dabei gründlich miteinbezogen.

Ich konnte nicht aufhören, dieses spannende Buch zu lesen. Interesse, Wut und Spannung lösten einander ab. Das Buch zeigt, wie ein Heer von Zuträgern und Spitzeln die Führungsclique der SU und der DDR mit Informationen versorgten. Durch Erich Mielke verloren viele Menschen, selbst Kommunis-

ten, ihre Würde und manche sogar ihr Leben.

Das Ministerium für Staatssicherheit verbreitete Angst und Zweifel, ließ Freunde, Genossen, Kollegen und Familienmitglieder bespitzeln.

Was mich besonders bewegte war, dass die DDR uns glauben ließ, wir hätten mit Terroristen nichts zu tun und würden diese bekämpfen.

So habe ich es auch meine Schülern gelehrt. Das Buch beweist aber, dass RAF – Aktivisten in der DDR an Waffen ausgebildet wurden, bei uns eine neue Identität, Arbeit und Heimat erhielten. Das Motto von Mielke war „Die Feinde des Kapitalismus können uns nur nützlich sein.“

Ich will euch nicht zu viel verraten. Lest selbst und macht Euch ein Bild über dieses Buch.

Rosi Musehold

Termine

Sitzungen des Stadtvorstandes: 21.02.07 ; 07.03.07 ab 18.00 Uhr in der Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS

Vorstandssitzung der WASG: 27.02.07 18.30 Uhr in der Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS

AG Senioren: 08.03.07 in der Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS um 15 Uhr

AG Politische Bildung 08.03.07 18.00 Uhr Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg – Stiftung am 15.02.07 um 18.00 Uhr im Fontane – Klub zum Thema: Wie sinnvoll ist ein NPD-Verbot? Zu aktuellen Fragen der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus
Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Heinrich Fink (Vorsitzender der VVN-Bund der Antifaschisten)

Fraktionssitzungen der Linkspartei.PDS: 12.02.07 und 26.02.07 um 18.00 Uhr Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS

Gesamtmitgliederversammlung der Linkspartei. PDS am 03.03.07 Beginn 9.00 Uhr im Technologie- und Gründerzentrum (TGZ) Friedrich-Franz-Str.19 Schwerpunkt: Wahl des neuen Vorstandes

Wir Gratulieren

03.02. Horst Böttcher

06.02. Jürgen Keltz

06.02. Lieselotte Orlowski

07.02. Wilfried Weise

08.02. Ingeborg Fuhrmann

08.02. Edith Schultze

10.02. Dora Kühlborn

14.02. Käthe Barganda

16.02. Harry Diebold

20.02. Gertrud Ackermann

20.02. Elisabeth Scholz

20.02. Ursula Seddig

21.02. Ursula Böttcher

21.02. Herbert Freund

22.02. Konrad Brüggemann

25.02. Marlies Löhr

26.02. Ursula Mehlbase

Öffnungszeiten

Montag 9-17 Uhr

Dienstag 9-17 Uhr

Mittwoch 9-13 Uhr

Donnerstag 9-17 Uhr

Linke.PDS-Geschäftsstelle

Altstädtischer Markt 2

14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 0 33 81 - 22 47 33

Fax: 0 33 81 - 22 99 61

Internet: www.linksparitei-pds-stadt-brb.de

E-Mail: info@linksparitei-pds-stadt-brb.de

Impressum

Herausgeber: Linke.PDS-Stadtverband Brandenburg

Verantw. i.s.d.P.: Silvia Hauffe

Anschrift: Altstädtischer Markt 2,

14770 Brandenburg an der Havel

E-mail: info@linksparitei-pds-stadt-brb.de

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nächster Redaktionsschluss 06. Februar 2007

ANGIES WELT

Nr. 4: Abwehr

SPD UND UNION SIND SICH EINIG: MEHRWERTSTEUER UND RENTENALTER WERDEN ERHÖHT, DER MINDESTLOHN WIRD ZU TODE DISKUTIERT.

MÜNTE IST JAHRGANG 1940.

RENTE AB 67: "DA MUSS MAN KEIN MATHEMATIKER SEIN, DA REICHT VOLKSSCHULE SAUERLAND, UM ZU WISSEN: WIR MÜSSEN IRGENDWAS MACHEN."

GENAU, IRGENDWAS FÜR DEN AUSGUSS, AH, AUS EINEM GUSS. HI, HI, HI.

KANZLER GABRIEL?

IST MIR VÖLLIG WURSCHT, WENN ICH NUR NICHT LÄNGER MINISTER SPIELN MUSS.

WENN EURE JUNGS AUS MÜNCHEN WEITER SO STÄNKERN, WIRD CORNY LITTMANN DFB-CHEF UND BAYERN WIRD MIT SACHSEN-ANHALT VEREINIGT.

JETZT HEISST ES WIEDER: DIE SPD TREIBT DIE GESUNDHEITSKOSTEN. UND NUR, WEIL DIE KANZLERIN BEIM NÄCHTLICHEN KLINGELN DEM EDMUND GEGEN'S SCHIENBEIN TRETEN WOLLTE UND NICHT TRAF.

SO SIND WIR, SO IST EIN PIONIER: WEIL DER HERR VIZE-KANZLER BALD DAS RENTEN-ALTER ERREICHT HAT, TRÄGE ICH JETZT SEINE AKTEN.

AUF UNS KÖNNEN SIE SICH VERLASSEN. ALS UNSER KOALITIONSPARTNER NOCH SO HIESS WIE DIE FARBE IHRER JACKE, WAR DAS GENAUSO.

LIND IHREN URLAUBSSCHEIN LINTERSCHREIBE ICH AUCH NICHT.

DER KURT BECK VERMITTELT GERADE OFFENE STELLEN. RASIIERT SIND SIE JA. ABER WER WEISS, OB'S DIE 2009 NOCH GIBT.

DAS IST UNSER KOALITIONSDREHBUCH FÜR 2007. ICH HABE EINFACH DAS ALTE KOPIERT UND NEU DATIERT.

DAS IST ZWAR SEHR MUTIG VON IHNEN, HERR STOIBER. ABER DIE GESUNDHEITSREFORM KOMMT SO ODER SO.

WIRD DIE KANZLERIN DIE GEWINNE AUS DER MEHRWERTSTEUERERHÖHUNG NUTZEN, UM SICH VON IHREM RIVALEN AUS SÜDDEUTSCHLAND FREIZUKAUFEN? WIRD DIE GROSSE KOALITION AUCH IM ZWEITEN JAHR IHRES BESTEHENS WEITER SO DURCHEINANDERREGIEREN UND KANN BERLIN AM ENDE DER EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT DEN ERFOLG VERMELDEN, DASS IN DER TÜRKEI BIER NUR NOCH NACH DEUTSCHEM REINHEITSGEBOT GEBRAUT WIRD?

Fortsetzung folgt ...

www.linksfraktion.de